

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verantwortl. Schriftf. Amthold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bestandteil einschließlich Dringelosen mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Konvaleszenz-
zeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 1,50 Mk., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte
40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsellegung 10 Pf.

Nr. 131

Dresden, Mittwoch den 9. Juni 1926

37. Jahrg.

Nationalismus und Profit

Deutsch-schweizerische Zollmehrheit im Prager Parlament

Von unserm deutschen Mitarbeiter in der Tschechoslowakei

Wirtschaftliche Gegensätze haben vor einigen Monaten die alte tschechische Regierungskoalition, die jahrelang das Prager Parlament beherrschte, zerlegt. Das Bürgerium, in den Novemberwahlen beträchtlich erparnt, wollte die Früchte seines Sieges einheimsen. Die Agrarier wollten feste und hohe Zölle, die die Erhöhung der Wagnisse (Erhöhung der staatlichen Entlohnung der Geistlichen). Und nun werden die Wünsche beider erfüllt.

Dem im Prager Parlament hat sich nun eine neue Mehrheit gebildet, im Kampfe um höhere Profile haben die tschechische und deutsche Bürgerliche gefunden. Zum erstenmal sind

an die Stelle der nationalen Fronten die Klassenfronten getreten.

Am Senat brachte der tschechische Agrarier Donal einen Antrag auf Einführung teurer Getreidezölle ein, und zwar verlangte er sechsstellige Zölle. Deutsche Agrarier, deutsche Gewerkschaften und deutsche Christlich-sozialen stimmten und kämpften für diesen Antrag und mit Erfolg. Im Abgeordnetenshaus brachten die tschechischen und die deutschen bürgerlichen Parteien gemeinsam einen Antrag ein, der die Regierung zur Einführung eines Zolltariffes aufzuforderte. Nur die Deutsche Nationalpartei und die Deutsche Nationalsozialisten weichen sich ab, weil sie eine tschechische Regierung nicht unterstützen wollen. Aber sie tun auch nichts, um das Zustandekommen der Zolltarife zu hindern. Sie verhehlen nicht ihre Egoismen für die Zölle, aber sie wollen auch nicht als Bundesgenossen der Tschechen erscheinen, die sie so gerne mit dem Verdienstzins locken. Und dann: sie brauchen keine Sorge zu haben um das Zustandekommen der Zolltarife, — die Mehrheit ist getrennt.

Die Regierung hat sich dem Willen befolgt, den ihr die deutsch-tschechische Zollmehrheit gegeben. Sie brachte eine Vorlage ein, die alle agrarischen Wünsche erfüllt. So ziemlich alle Lebensmittel,

die eingeführt werden können, werden mit Zöllen belegt, von Weizen, die teils zollfrei waren. Mehl und Getreide, Getreidemehl, Kartoffeln, Gemüse, Vieh und Fleisch, Fett, Milch, Eier, Milch, — es gibt kein Nahrungsmittel, das unberührt worden wäre. Die Zölle werden eine gewaltige Linderung zur Folge haben und das Leben der Arbeiter und Beamten sichtbar erschweren, — aber die tschechisch-deutsche Zollmehrheit läßt keine Bedenken gelten. Die Deutsch-tschechische ist selber so oft die Opfer der tschechischen Geschäftsordnung gewesen, haben nun mit ihren neuen tschechischen Freunden alle Mittel der Geschäftsordnung angewandt, um schließlich alle Abänderungsanträge der Opposition niederzuschlagen. Mit welchem Recht wollen sie später, wenn die Zollmehrheit zerfallen sein wird, wieder über den Antrag der von ihnen so oft und so schärf verurteilten Geschäftsordnung klagen?

Die deutschen Agrarier und Christlichsozialen leben nur ihren Profit. Sie haben nicht das kleinste nationale Zuge-

ständnis errungen für die Hilfe, die sie dem tschechischen Bürgerium leisten.

Sie haben ihre Nation vergessen!

Sie haben ihrem Profit zuliebe sogar die Beamtentregierung vor ersten Verlegenheiten bewahrt. Die tschechischen Sozialdemokraten hatten den Antrag eingebracht, die Sachminister aufzufordern, sich über die Wirkungen der Zölle vor dem Hause auszusprechen. Die deutschen Agrarier und Christlichsozialen haben den Antrag niedergestimmt, denn die Regierung hätte ihre Stellungnahme mit der der Vertrauensfrage verknüpfen müssen, und der Regierung, die ihnen zu den Zöllen verhilft, wollen die Wucherdeutschen keine Verlegenheiten bereiten. Aus dem gleichen Grunde stimmten sie gegen einen kommunistischen Antrag, der von der Regierung Aufklärungen über ihre Stellungnahme zu den tschechischen Interessen forderte. Was kümmert sie der tschechische Nationalismus, so gefährlich er auch den Deutschen werden kann, wenn ihnen höherer Gewinn winkt!

Der landwirtschaftliche Ausschuss hat, Hunderte von Abänderungsanträgen der Opposition unbenutzt niederschlagend, die Zollvorlage angenommen. Kein Zweifel, daß auch das Haus ihr zustimmen wird. Der Verschönerungssturm, den die sozialistischen Parteien entfesseln, wird nichts mehr ändern. Die Wähler bekommen nun von den bürgerlichen Parteien den Ton dafür, daß sie im November deutsch-tschechisch wählen. — Die wirtschaftlichen Wirkungen der Zölle auf ein Proletariat, das niedrigere Löhne hat als das der meisten andern europäischen Länder, brauchen hier nicht doppelte zu werden. Die politischen Wirkungen lassen sich noch nicht sicher absehen.

In nationalpolitischen Fragen wird sich zunächst wohl nichts ändern. Die tschechisch-deutsche bürgerliche Mehrheit ist nur zustande gekommen, weil gemeinsame Profittage die „nationalen Erbfeinde“ auseinander trieb. Wenn Zölle und Erhöhung der Wagnisse beschlossen sind, wird die Mehrheit ihren Zweck erfüllt haben. Aber es wird doch nicht mehr alles so sein wie vorher. Die bürgerliche Lehre von der Notwendigkeit der „deutschen Einheitsfront“ hat ein unverhüllbares Loch bekommen, nachdem die gesamte Wählererschaft die Einheitsfront des Profits so ernst am Werke sah. Und auf der tschechischen Seite ist die allnationale Ideologie ebenfalls erschüttert worden.

Zum erstenmal haben die tschechischen Proletarier gesehen, daß ihr alibierter „nationaler Staat“, daß „ihre“ Staat der Herrschaftsstaat der tschechischen Bourgeoisie ist, daß wirtschaftliche Interessen härter sind als die so oft verkündete nationale Interessengemeinschaft.

Und diese Erkenntnis wird nicht wieder verlorengehen. Tschechische und deutsche Sozialdemokraten standen und stehen in diesen Tagen zum erstenmal wieder Schulter an Schulter im gemeinsamen Kampfe. Die gemeinsamen Streit werden andre Kämpfe folgen. Am Kampfe wider den gemeinsamen Klassenfeind werden sich tschechische und deutsche Proletarier finden.

J. H.

Bestellte Arbeit

Der Streit um den Hindenburgbrief

Der Reichspräsident hat am Dienstag offiziell erklärt, daß sein Freund und Gönner, der ehemalige königliche Staatsminister Loebell, die Öffentlichkeit nicht belügen hat, sondern daß die Veröffentlichung des Schreibens gegen den Volkswillen mit allerhöchster Genehmigung erfolgt ist. Der Reichspräsident legt sich damit offiziell in Widerspruch zu seinem eigenen Brief, indem er eine öffentliche Kundgebung gegen den Volkswillen entschieden ablehnt, um dann aber durch die Genehmigung zur Veröffentlichung zu einer öffentlichen Kundgebung macht.

Die Reichsregierung betrachtet den Titel Hindenburgs als eine „Privatsache“ und erklärt sich für desinteressiert! Was kümmert sie die offene Verhöhnung breiter Volksmassen durch den Hindenburgbrief und seine Anfeindung gegen die Verfassung? Der Reichspräsident und die Reichsregierung scheinen nicht zu wissen, daß die Anhänger der entschuldigungslosen Enteignung durch den Volkswillen von dem höchsten verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, auf das Hindenburg durch seinen Schwur auf die Verfassung gleichzeitig den Eid geleistet hat. Wenn es jetzt die Ausübung dieses Rechtes „eine Zufälligkeit der die- leicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksmenge“ nennt, so ist das ein Skandal, eine Verleumdung breiter Volksmassen und eine Anfeindung gegen die Verfassung, welche.

Es ist der Wille der Reichsparteien, daß der zur öffentlichen Kundgebung angewordene Hindenburgbrief die Öffentlichkeit bis zum Volkswillen beschuldigt, und sie haben die Absicht, ihre Agitation gegen die entschuldigungslose Enteignung in erster Linie mit dem Schreiben Hindenburgs zu führen. Die entsetzenden Erwiderungen von unserer Seite werden nicht ausbleiben, und der Reichspräsident hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er in den nächsten Tagen in der Schutzlinie einer verächtlichen Parteiloyalität steht.

Bei Beginn der Beratung des Gesetzes über die Parteienabstimmung wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu der Veröffentlichung des Hindenburgbriefes eine Erklärung abgeben. Die kommunistische Fraktion hat am Dienstag im Reichstag eine Interpellation über den ominösen Brief eingebracht. Sie verweist darauf, daß der Reichspräsident im Falle der Annahme des Volkswillens im Begriff steht, das Enteignungsgesetz nicht zu verkünden und so einen Staatsstreich zu verüben, ohne daß die Reichsregierung diesem Plan bisher entgegengetreten wäre. Dem Kabinett wird weiter vorgeworfen, bis jetzt nichts getan zu haben, um die Tätigkeit des Verbindungsmanagers der Vereinigten Vaterländischen Verbände zum Reichspräsidenten, des Majors von Zoden, fern zu unterbinden. Schließlich wird auf das verfassungswidrige Verhalten Hindenburgs in der Duellstraße und bei dem Erlaß der Flaggenerordnung hingewiesen. Die Interpellation schließt mit der Frage: Ist die Regierung bereit, ihr Verhalten sofort vor dem Reichstag zu verantworten? — Die kommunistische Fraktion kündigt gleichzeitig ein begründetes Mißtrauensvotum gegen die Regierung Marx an, das bis Donnerstag dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Es mißt fernerbar an, daß außerordentlich die Kommunisten, die Hindenburg erst zu seinem Wahllokal verholfen haben, jetzt vor Entrüstung gegen ihn toben. Abgesehen davon ist die Interpellation überflüssig, nachdem festgestellt, daß spätestens am Donnerstag die erste Lesung des Abfindungsentwurfs im Reichstag vorgenommen wird und so ausreichend Gelegenheit besteht, zu dem Hindenburgbrief Stellung zu nehmen, noch bevor die kommunistische Interpellation dem Reichstag gedruckt vorliegt. Die Sozialdemokratie war von vornherein entschlossen, diese Gelegenheit gebührend auszunutzen, ehe die Kommunisten überhaupt an eine Interpellation dachten.

Erstaunen in England

8. London, 8. Juni. (Vgl. Frankfurt.)

Der Hindenburgbrief hat in London große Aufmerksam-
keit gefunden. Zahlreiche Zeitungen bringen ausführliche
Berichte über Berliner Vertreter mit Kommentaren, in denen
darüber das Erstaunen darüber ausgedrückt wird, daß die
Entlassung des Reichspräsidenten zum Volkswillen über-
haupt veröffentlicht werden konnte. Mehrere Berichte führen die
Veröffentlichung des Briefes darauf zurück, daß es dem Reichs-
kanzler Marx nicht in dem gleichen Maße wie vorher gelungen
sei, Hindenburg vor politischen Rückschlüssen zurückzuführen.
Namentlich hält im Ausland die Unterzeichnung zwischen privaten
und amtlichen Versicherungen des Reichspräsidenten für wesent-
lich; ein Eingreifen des Reichspräsidenten wird vermehrt
durchweg als unerlaubt empfunden. Die Veröffentlichung eines
Briefes, die Annahme von Hindenburgs Honorarverzicht für
damit endlich erledigt, trübt den Grundton aus, auf den die ge-
samte Berichterstattung gestellt ist.

Der Wandbeher Guardian glaubt nicht, daß Hindenburgs
Brief einen nachteiligen Einfluß auf das Abstimmungsverhalten des
Volkswillens haben werde. Die einzigen, die nach seiner Mei-
nung davon profitieren dürften, seien die Kommunisten, für die
dieser Brief ein wahres Geschenk des Himmels sei. Man kann
sich jetzt ohne Weiteres sagen, daß die Veröffentlichung des
Briefes dem Ansehen Hindenburgs in England, das er sich infolge
seiner Zurückhaltung in hohem Maße errungen hatte, sehr ge-
schadet hat, als ob seine politischen Beziehungen vor seiner
Profitsucht zusammengeworfen.

Demagogen des „heiligen Eigentums“

In der bürgerlichen Frankfurter Zeitung lesen wir jetzt folgende seltsame Abredung mit den „Privateigentumsdemagogen“:

„In jedem Hause ist es heute ein Gebot der Wahrhaftig-
keit, immer wieder der teils heuchlerischen, teils unbedach-
tamen Rede entgegenzutreten, als ob mit dem Volkswillen ein
Schlag gegen jedes Privateigentum geführt werde. Dar-
an kann wirklich keine Rede sein. Die Rede Dr. Goppelers
Wirkung wird in dieser Beziehung viel beachtet werden, denn
der Finanzminister hat vor Antritt seines gegenwärtigen
Amtes in hoher Anerkennung den Ruf besonderer Gründ-
lichkeit und Gewissenhaftigkeit sich erworben. Um so ge-
wichtiger wirkt sein Rat, daß das Fürstentum zum großen
Teil auf selbstständig einseitiger Ausübung
unveräußerlicher Reichsstellung beruht. Wie oft haben Fürsten
unveräußerliches Staatsvermögen sich angeeignet durch Kabi-
nettsratsbeschlüsse, die heute noch unsere Rechtsprechung formell
binden, wenn wir nicht durch Sondergesetze ihnen ein Ende
tun. Mit Recht hat der Finanzminister daran erinnert,
daß die Hohenzollern sich nicht einmal immer an das von
ihnen selbst angenommene preussische Landrecht gehalten haben,
und er hat sich für seine Auffassung auf Friedrich den Großen
berufen dürfen. Wir haben dieser Rede auch eine
Widerlegung des Königs stützen können, worin er den Fürsten
unveräußerliches als „Eigentum“ des Volkswillens be-
zeichnet. Mit dem Eigentum, was er seine Stellung verleiht,
wird auch sein Recht an dem ihm anvertrauten Vermögen der
Nation an.“ Der König ist auch juristisch nicht so ängstlich
gewesen, wie es heute viele Anhänger seines Nachfahren von
der Republik verlangen. Denn er faßt an einer Stelle fort:
„Nun da ja seiner mit Recht... Die hätten ihr Rechte
vielleicht besser wahrnehmen sollen. Aber nachträgliche Juristen-
prozesse haben es nicht.“ ...

„So die Dinge so stehen, da bleibe man auch fern mit dem
großen Wort von der „Heiligkeit des Eigentums“. Wir haben
schon schon darauf hingewiesen, daß mindestens so
heilig wie Fürsteneigentum das Eigentum
des Volkes ist. Bleibt die Regelung dieser Eigentumsfrage
den Gerichtshöfen überlassen, so müssen diese nach den
Kabinettsratsbeschlüssen entscheiden, die von den Fürsten selbst einst
gemacht worden sind. Das führt zu „entschuldigungs-
loser Enteignung“ großer Teile uralten Volks-
vermögens. Ist dann weniger moralisches Recht ge-
setzt, als durch den Volkswillen im äußersten Maße ge-
setzt werden könnte? Ganz unnötig ist schließlich die Agitation,
die glauben machen will, etwaige Fürsteneinteignung werde die
Kasse öffnen zur Enteignung anderer bürgerlichen Privat-
eigentums. Das sind Dinge, die nicht miteinander zu tun
haben. Wenn bolschewistische oder nationalbolschewistische
Kreise in Deutschland jemals die Macht zu solcher Enteignung
haben sollten, dann würden sie davon Gebrauch machen auch
ohne Präsenzfall. Aber es ist wohl keinerlei ernstliche Zu-
sicht, daß sie bei uns zur Macht kommen könnten. Jedenfalls
sollte die Deutsche Volkspartei etwas vorlässiger sein
mit jener Angstschmäherei. Denn sie hat ja kürzlich erst dem wäl-
tischen Gesandten auf „Enteignung der Paul- und
Hersenfürsten“ im Reichstag Bescheid geleistet, indem sie
ihm zur Ehre der Reichsregierung verhalf.“

Der Hinweis, daß nicht nur die ganz reaktionären Par-
teien, sondern auch die Deutsche Volkspartei den wälstischen
Entwurf auf „entschuldigungslose Enteignung der Paul- und
Hersenfürsten“, der kürzlich dem Reichstag vorlag und abge-
lehnt wurde, mitunterstützt haben, macht wohl das Gesand-
toren-börsen-Privateigentum für die Überlieferung.